No. 350. = 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 28. Juli 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche .. 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sonnenstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Auguststraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 33, Bayreuterstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Kurfürstendamm, Prinzregentenstraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 15b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein Block-Ultimatum?

Bülow, Moltke, Schücking.

Was nach der letzten Veröffentlichung zum Falle Schücking mit Sicherheit angenommen werden mußte, nämlich, daß der Minister des Inneren v. Moltke der Veranlasser der gegen den Bürgermeister von Husum wegen „Demokraterei" eingeleiteten Disziplinaruntersuchung ist, wird jetzt ausdrücklich festgestellt und bestätigt! Bürgermeister Schücking ist Mitglied der freisinnigen Volkspartei, also einer Partei, die zum Regierungsblock gehört. Und dieser Mann wird wegen politischer Betätigung zur Rechenschaft gezogen, von eben derselben Regierung, deren Politik durch seine Partei unterstützt wird. Zu dieser heiteren und unser innerpolitisches Tohuwabohu strahlend beleuchtenden Tatsache schreibt die „Frankf. Ztg.":

Daß der Liberalismus eine Reaktion in der preußischen Verwaltung, wie sie dem Herrn v. Moltke beliebt, sich nicht gefallen lassen wird, und wenn der ganze Block zum Kuckuck geht, das hoffen wir allerdings. Herr v. Moltke ist gewissermaßen als eine Konzession für den Liberalismus zum Minister des Inneren ernannt worden. Nun hat diese Konzession die Gestalt angenommen, daß man einem Bürgermeister verbieten wollte, für die Freisinnige Volkspartei zu kandidieren und ihm dann einen Prozeß anhängte, weil er sich in freisinniger Weise äußerte! Ja, glaubt man denn, der Liberalismus werde sich verhöhnen lassen? Auch der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident wird von diesem Hohn betroffen. Er hat die Blockpolitik begonnen und zu diesem Zweck dem Liberalismus die Hand geboten, er hat mit den Führern der liberalen Parteien wiederholt über die Fortführung dieser Politik verhandelt. Nun kommt Herr v. Moltke und vertritt den Standpunkt, daß es eines Bürgermeisters unwürdig sei, als Liberaler aufzutreten! In den Augen dieses Herrn hat sich also wohl auch der preußische Ministerpräsident etwas vergeben, als er den Liberalismus einlud, an der Regierungspolitik teilzunehmen. Wie Fürst Bülow das empfinden mag, ist seine Sache. Wie wir das empfinden, wollen wir klipp und klar sagen: Wir stehen vor der Alternative: Entweder Fürst Bülow desavouiert seinen Minister, schlägt das Verfahren gegen Dr. Schücking nieder und gibt Garantien gegen die Anmaßungen konservativen Beamtentums, oder es gibt keine Möglichkeit mehr, die Blockpolitik fortzusetzen. Wir wollen damit natürlich den Beschlüssen von Parteien nicht vorgreifen. Aber wir wollen auch keinen Augenblick zögern, es auszusprechen, daß für uns der Fall Schücking eine Lebensfrage der gegenwärtigen politischen Situation ist.

Im Anschluß hieran wirft die „Lib. Korr." die Frage auf: „Wie stimmt das zu dem Grundgedanken der Blockpolitik, da schriftstellerisches Vertreten der Ueberzeugungen einer Blockpartei, einer Regierungspartei, einen städtischen, von der Stadt gewählten und bezahlten Beamten seines Amtes unwürdig machen soll. Wie stimmt das zu den mancherlei Erklärungen des Reichskanzlers, wie zu seiner Rede vom 30. November vorigen Jahres, in der er doch „deutschen, weitherzigen, liberalen Geist" als notwendig für die glückliche Zukunft der Nation bezeichnete!"

Fürst Bülow wird sich über die Beantwortung dieser Frage kein Kopfzerbrechen machen; weiß er doch aus Erfahrung, daß er den Blockfreisinnigen alles bieten kann. Wie in diesen Kreisen der Fall Schücking aufgefaßt wird, das ersehen unsere Leser aus dem weiter unten abgedruckten Bericht über die gestern abgehaltene demokratische Protestversammlung. Da wurde von einem Verteidiger der Parteileitung unter Hinweis auf die Behandlung des Falles im Parteiorgan klipp und klar erklärt, die Führer müßten ihre angegriffene Gesundheit im Bade stärken, und man könne ihnen nicht zumuten, bei der Hitze Versammlungen abzuhalten. Und von den Leuten erwartet man, daß sie um Schückings willen dem Reichskanzler ein Ultimatum stellen? Um eines Parteimitgliedes willen, das nach der offenen Bekundung radikalster Ansichten, Ansichten, die den Zimmerstraßengrößen absolut nicht in den Kram passen, vermutlich demnächst „fliegen" wird? Wer das glaubt, der ist ein unverbesserlicher Optimist.

Die „Isolierung Deutschlands".

In der großen Rede, die der englische Staatssekretär Grey gestern im Unterhause bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes hielt, und die sich, wie wir an anderer Stelle berichten, vornehmlich mit der überraschenden Wendung der Dinge in der Türkei beschäftigte, behandelte er auch eine andere wichtige Frage: das Verhältnis zwischen England und Deutschland, Der Staatssekretär stellte es auf das entschiedenste in Abrede, daß das Ziel der englischen Politik darauf gerichtet sei, Deutschland zu isolieren. Er führte in dieser Beziehung folgendes aus:

Es ist noch nicht so lange her — ich glaube, es war im vergangenen Jahr —, daß geäußert wurde, die deutsche Politik hänge nicht davon ab, daß Feindschaft zwischen anderen Mächten hervorgerufen werde. Ich möchte hinzufügen, daß, soweit wir beteiligt sind, es keineswegs unsere Politik ist, unserer Freundschaft eine feindselige Spitze gegen eine andere Macht zu geben. (Beifall.) Aber wir müssen frei sein, unsere Freundschaften mit anderen Mächten einzugehen. Nachdem wir sie abgeschlossen haben, bin ich willens, die weiteste Garantie zu bieten, daß wir sie zu unserem eigenen Vorteil und dem des anderen Landes benutzen, aber wir wollen ihren Vorteil nicht dazu verwenden, um Feindschaft zwischen unserem Freund und einem anderen Lande zu säen, noch ist es unser Ziel, irgendeine andere Macht zu isolieren. Seitdem man von Isolierung gesprochen hat, ist es nur angemessen, daran zu erinnern, daß Deutschland zwei Verbündete hat, und daß wir weder dieses Bündnis mit scheelen Blicken betrachtet, noch gemeint haben, daß es gegen uns gerichtet sei; ferner, daß wir ungeachtet dessen Abkommen mit Frankreich und Rußland getroffen haben, die der ganzen Welt bekannt geworden sind, obwohl die Bestimmungen der Tripelallianz bisher nicht veröffentlicht worden sind. Es existiert also nicht der geringste Grund, anzunehmen, daß das Ziel und die Ursache dieser Abkommen die Isolierung Deutschlands gegenüber irgendeiner anderen Macht wäre. (Beifall.)

Der Hinweis auf den Dreibund, der in der Rede des britischen Staatssekretärs enthalten ist, klingt etwas nach Hohn; wir müssen es dem Minister aber glauben, daß seine Worte ehrlich gemeint sind. Ebenso dürfen wir vor der Hand nicht daran zweifeln, daß Englands Politik nicht darauf ausgeht, Deutschland zu isolieren.

Nach weiteren Ausführungen des Ministers nahm das Unterhaus den Etat des Auswärtigen Amtes an.

Die Einigungsverhandlungen beim „Bulkan".

Aus Stettin wird uns berichtet: In den gestern abend geführten Einigungsverhandlungen zwischen der Direktion des „Bulkan", dem Arbeiterausschuß und der Nieterkommission erklärten sich die beiden letzten bereit, den Vorschlag der Direktion zur Annahme zu empfehlen, daß alle Nieter bis inklusive Oktober, bis zum Ablauf des Dampfers „George Washington", an vier Abenden in der Woche je 1½ Stunden nach Schluß der normalen Arbeitszeit arbeiten. Andere Wünsche der Arbeiterschaft wurden von der Direktion teils bewilligt, teils abgelehnt. Sobald die Nieter sich mit den Bedingungen der Direktion über die Regelung der Ueberstundenarbeit einverstanden erklären, wird der Betrieb des Werkes wieder aufgenommen.

Ihm ist nicht wohl.

Die Stellung des bayerischen Kultusministers v. Wehner gilt nach einer Münchener Privatmeldung als erschüttert. Der Minister ist am Sonntag plötzlich „unwohl" geworden und hat sich im Landtag, wo zurzeit sein Etat in der Abgeordnetenkammer verhandelt wird und gegen ihn Interpellationen in Aussicht standen, bis auf weiteres absagen lassen.

Herr v. Wehner hat in der Tat so viel geleistet, daß ihm vor seinen eigenen Taten übel werden mußte. Daß aber, selbst wenn sein „Unwohlsein" sich als chronisch erweisen sollte, der bayerische Zentrumskurs eine Aenderung erleiden sollte, werden nicht einmal die größten politischen Kinder glauben. Es kommt eben ein anderer Mann, der denselben Faden weiterspinnt, ebenso wie in Preußen auf Herrn v. Studt Herr Holle folgte.

Kein Verkauf.

Auf eine Anfrage bei der Gesellschaft „Telefunken" erfährt die „Inf.", daß die Meldung vom Verkauf der Nauener Riesenfunkenstation an eine fremde Macht nicht zutrifft. Das Gerücht sei vielleicht dadurch entstanden, daß gerade in der letzten Zeit mehrere Stationen von derselben Größe wie die Nauener an das Ausland verkauft wurden.

Die Revaler Toaste.

Nach einem Telegramm aus Reval fand gestern an Bord der russischen Kaiserjacht „Standart" Galatafel statt, in deren Verlauf Kaiser Nikolaus folgende bemerkenswert kühle Ansprache hielt:

Ich empfinde ein lebhaftes und wirkliches Vergnügen, Herr Präsident, Sie in den russischen Gewässern willkommen zu heißen und ich lege Wert darauf, Ihnen herzlich zu danken für Ihren Besuch, den ganz Rußland als ein neues Zeugnis für die Bande aufrichtiger und unveränderlicher Freundschaft ansieht, die Rußland und Frankreich vereinigen. Ihr Aufenthalt unter uns, davon bin ich überzeugt, wird zur Wirkung haben, daß diese Bande noch enger werden und daß der feste Wille der beiden befreundeten und verbündeten Länder, wettzueifern an der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens, aufs neue ins Licht gerückt wird. Ich trinke auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, und auf den Ruhm und das Gedeihen Frankreichs.

Mit mehr Temperament erwiderte der Präsident Fallières:

Eure Majestät konnte nicht an der großen Freude zweifeln, die es dem Präsidenten der französischen Regierung bereiten würde, Eurer Majestät in den russischen Gewässern den herzlichen Gruß Frankreichs zu überbringen. Ich schließe Ihre Majestät die Kaiserin, deren Anwesenheit zu dem Glanze dieses Festes die Anmut fügt, in die Gefühle ein, die ich mich freue, Ihnen auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät für die Worte, die Sie soeben ausgesprochen haben und ich bin glücklich, hier mit Eurer Majestät die Gefühle beständiger und treuer Freundschaft zu bekräftigen, die unsere beiden Völker verbinden. Dieser für die Wahrung des gemeinsamen Interesses so glücklich geschlossene Bund empfängt die kostbare Weihe der Zeit. Er ist in Europa eine Bürgschaft des Gleichgewichts; er wird fortdauern zum größten Wohle Frankreichs und Rußlands, und ich bin wie Eure Majestät davon überzeugt, daß unsere gegenwärtige Begegnung aufs neue den festen Willen der beiden befreundeten und verbündeten Länder bestätigen wird, wettzueifern an der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens. Ich erhebe mein Glas zur Ehre Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin, Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter und der ganzen kaiserlichen Familie. Ich trinke auf die Größe und das Glück Rußlands, des Freundes und Bundesgenossen Frankreichs.

Der Präsident verweilte bis 10½ Uhr an Bord des „Standart".

Der gestrigen Begegnung in Reval wohnten außer den bereits genannten Persönlichkeiten die Botschafter Nelidow und Admiral Touchard sowie der französische Militärattache in Petersburg, General Moulin bei.

Des Pudels Kern.

Sofort nach Bekanntgabe der Tatsache, daß der Sultan die bereits vor 30 Jahren erlassene türkische Verfassung wieder in Kraft gesetzt habe, gaben wir der Vermutung Ausdruck, daß diese Maßnahme in erster Linie den Zweck verfolge, der Reformaktion der Mächte in Mazedonien zu begegnen. Diese Vermutung wird jetzt durch eine Mitteilung des der Pforte nahestehenden türkischen Blattes „Sabah" bestätigt. Dieses schreibt:

Jetzt müßten die Mächte ihre Reformaktion aufgeben, denn die Verfassung sichere Reformen für das ganze Reich zu.

Die Pforte wird schon Mittel und Wege zu finden wissen, um ebenso wie sie es vor 30 Jahren getan hat, die Verfassung außer Kraft zu setzen, wenn sie ihrer nicht mehr zu bedürfen glaubt.

Ueber die weiteren Vorgänge in Konstantinopel wird von dort berichtet:

Gestern abend ist ein Irade wegen der sofortigen gesetzmäßigen Wahlen in Konstantinopel und der Umgebung veröffentlicht worden, was die Menge etwas zu beruhigen schien. Die Stambuler Straßen, besonders vor der Pforte, waren von Tausenden von Menschen überfüllt. Die politischen Sträflinge sind noch nicht freigelassen, weil die anderen Häftlinge wünschen, gleichfalls frei zu werden. Gegen die gemäßigten Zeitungen wurden Knutgebungen veranstaltet.

Die vom Sultan erlassene Amnestie wurde überall nur als für die Jungtürken gültig publiziert und ausgeführt. Wegen der übrigen politischen Gefangenen, Verbannten und Flüchtlinge herrscht Ungewißheit. Aus Saloniki und anderen mazedonischen Städten wird gemeldet, daß die öffentliche Sicherheit gegenwärtig nicht bedroht ist.

Die Publikation der allgemeinen Amnestie und die Entfernung des Marineministers haben zwar in Konstantinopel etwas beruhigend gewirkt, doch scheint man jetzt die

Entfernung der Yildiskamarilla

zu verlangen.

Eine zahllose Menschenmenge in Stambul scheint die Freilassung aller politischen Gefangenen abzuwarten. Die Zöglinge der Militärschulen, denen der Ausgang verwehrt worden war, haben ihn erzwungen, wobei der Schulinspektor General Ismail mißhandelt wurde. Unter den Softas und anderen Volksklassen haben sich „patriotische" antiliberale Gruppen gegen die Jungtürken gebildet. Die Ruhe war bis gestern abend 8 Uhr nirgends gestört.

Im englischen Unterhause

beschäftigte sich gestern der Staatssekretär Grey bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes eingehend mit der neuen Lage der Dinge in der Türkei und insbesondere in Mazedonien. Er führte unter anderem aus:

Der Ursprung der ganzen Lage in Mazedonien ist eine schlechte und schwache Regierung gewesen. Sie ist eine Versuchung für die benachbarten Staaten oder deren Bürger und für die in Mazedonien ansässigen, der Nationalität dieser benachbarten Staaten angehörenden Bewohner gewesen, auf die Stärkung ihrer eigenen Nationalität auf Kosten der anderen bedacht zu sein. Die Regierung, die sich selbst unfähig fühlte, die Ordnung zu bewahren, hat die eine gegen die andere ausgespielt, anstatt kraftvolle unparteiische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu ergreifen. Gegen diese Situation und gegen diese Methoden der Regierung haben wir in Gemeinschaft mit anderen europäischen Mächten zeitweilig Einspruch erhoben. Nun ist plötzlich und, soweit wir in Betracht kommen, unerwartet, ein Protest von der türkischen Armee und der muselmanischen Bevölkerung selbst gekommen. Wir begrüßen für den Augenblick die neugeschaffene Lage. (Beifall.) Ich glaube, daß sie andauern wird.

Für England ist die mazedonische Frage lediglich eine Frage guter oder schlechter Regierung. Ich kann nur sagen, daß wir ebenso wachsam und ernsthaft wie bisher fortfahren werden, Mazedonien und den anderen Teilen der Türkei eine gute Regierung zu sichern, wozu wir durch rechtmäßige Verträge berechtigt sind. Im gegenwärtigen Moment wäre es jedoch unmöglich, darüber zu sprechen, durch welche Anstrengungen dieses Ziel zu erreichen sei. Wir begrüßen die Nachricht, daß der Sultan seinem Lande eine Verfassung gegeben hat, wir begrüßen die Stärke der Erregung, welche die Proklamation der Verfassung zuwege gebracht hat und während wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen, noch auch in unserem Bestreben lau werden, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Weiterentwicklung Mazedoniens zu fördern, müssen wir gegenwärtig eine sympathische, aber abwartende Haltung beobachten. (Beifall.)

Aeußerste Wachsamkeit ist in der Tat allen Mächten, die an der weiteren Entwickelung der mazedonischen Frage Interesse haben, dringend anzuraten. Gerade in der Türkei sind die Kräfte der Reaktion besonders groß, und diese werden sich bald wieder an das Licht wagen, wenn der erste Begeisterungsrausch verflogen ist, der weite Kreise der türkischen Bevölkerung heute erfaßt hat.

Bombay, 27. Juli. Nachdem die Truppen längere Zeit mit Steinen beworfen worden waren, feuerten sie auf die Menge und verwundeten drei der Aufständigen, darunter zwei schwer. Der Gouverneur hielt eine Ansprache an eine Versammlung von hervorragenden Bürgern Bombays und erklärte, die Regierung sei umgehalten darüber, daß sie aus ihrer Mitte keine Unterstützung erhalte und forderte sie auf, furchtlos für Gesetz und Ordnung einzutreten.